

ver.di

HANDEL

Informationen aus Einzel- und Großhandel

NR. 2 09. JAHRGANG
JULI 2010

INHALT

► **EDEKA-PRIVATISIERUNG:** Bei der Berliner Tochtergesellschaft Reichelt werden Betriebsräte für privatisierte Filialen gewählt. Im rheinischen Korschenbroich sorgt der neue Besitzer eines E-Centers für riesigen Stress **Seite 2**

► **H&M-BETRIEBSRÄTIN:** Für die Kündigung von Marta Spacir-Falcone aus Duisburg durch H&M gibt es keinen Grund, entschied das Landesarbeitsgericht Düsseldorf **Seite 2**

Die nächste Beilage »Handel« erscheint im September 2010

IMPRESSUM

Herausgeber: Margret Mönig-Raane, Frank Bsirske, Bundesvorstand Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, 0 30-69 56-0 **Redaktion & Gestaltung:** Andreas Hamann, Claudia Sikora, bleifrei Texte + Grafik, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel. 0 30-61 39 36-0, Fax: 0 30-61 39 36 18, E-Mail: info@bleifrei-berlin.de **Druck & Vertrieb:** alpha print medien AG



FOTO: WERNER BACHMEIER

VER.DI SETZTE BEI DER DROGERIEKETTE ZEICHEN FÜR GESAMTE BRANCHE

Schlecker-Tariferfolg mit großer Wirkung

Erst wurde in diesem Jahr die Tarifbindung beim Edeka-Discounter Netto durchgesetzt, dann war Ikea dran. Jetzt hat ver.di bei der Drogeriekette Schlecker einen fast schon sensationellen Erfolg erzielt: Anfang Juni einigten sich beide Seiten auf ein Paket aus drei Tarifverträgen. Es betrifft ca. 34.000 Beschäftigte, die künftig alle nach Einzelhandelsstarif bezahlt werden. Nach Meinung vieler Beobachter hat der Abschluss für den gesamten Handel eine Signalwirkung.

ver.di-Vizechefin Margret Mönig-Raane begrüßte die Rückkehr Schleckers zu tariflicher Normalität. Dies sei der Hartnäckigkeit der Beschäftigten und ihren massiven Protesten gegen Lohnrückerei zu verdanken. Der Abschluss zeige, »dass der Einzelhandel keine Ansammlung von Skandal- oder Katastrophenunternehmen ist«. Auch der Arbeitgeberverband HDE sprach sich gegen Dumpinglöhne und für eine Rückbesinnung auf die Flächentarifverträge aus. Im Lebensmitteleinzelhandel sind nach seinen Angaben inzwischen alle großen Filialunternehmen tarifgebunden.

Bei Schlecker gelten ab 1. Juli überall die Flächentarifverträge des Einzelhandels, bisher war das nur bei der Vertriebslinie AS der Fall. Die Beschäftigten der neuen, größeren XL-Läden – bun-

desweit gibt es bereits 350 – werden jetzt nach dem Tarifvertrag für den Einzelhandel in Baden-Württemberg bezahlt. Egal, in welchem Bundesland sie arbeiten. Außerdem schlossen ver.di und Schlecker einen Beschäftigungssicherungs- und einen Sozialtarifvertrag ab. »Wir konnten uns in allen wichtigen Punkten durchsetzen«, freut sich ver.di-Verhandlungsführerin Lieselotte Hinz.

Viel Bewegung im Betrieb und öffentlicher Druck

Bei Schlecker-XL hatte der Einsatz von ehemaligen AS-Stammesbeschäftigten zu Billigkonditionen seit Monaten für einen bundesweit beachteten Skandal gesorgt. Die Kolleginnen waren in so genannten Schließfilialen zuerst entlassen und dann von einer Schlecker-gesteuerten Zeitarbeitsfirma verliehen worden. Über ein Jahr lang haben Betriebsräte und Beschäftigte zusammen mit ver.di dagegen protestiert. Der öffentliche Druck auf das Unternehmen wuchs stetig an, weil auch lokale Bündnisse – zum Teil mit Unterstützung aus den Kirchen – in verschiedenen Städten Aktionen organisierten. Schließlich äußerten sich führende Politikerinnen und Politiker im Bundestag und in den Medien kritisch

zu den Schlecker-Methoden. »Unser Erfolg wirkt über Schlecker hinaus – auch weil er zeigt, dass Missstände nirgendwo widerspruchslos hingenommen werden müssen«, so Achim Neumann, der für ver.di den Gesamtbetriebsrat von Schlecker betreut.

Die Tarifvereinbarungen sehen vor, dass Leiharbeit bei Schlecker so gut wie ausgeschlossen ist. Freierwerbende Stellen bei XL werden vorrangig mit Beschäftigten der AS-Märkte besetzt. Alternativ muss das Unternehmen den AS-Beschäftigten Ersatzarbeitsplätze und pro 10 Filialen einen zusätzlichen Vollzeit-Springer anbieten. Falls dies nicht möglich ist, sichert der Sozialtarifvertrag angemessene Abfindungen zu.

Kurz bevor die Tarifverträge in Kraft traten zeigte sich, dass die Personalpolitik vielerorts noch nicht in der Gegenwart angekommen ist. Es häuften sich Testkäufe und Abmahnungen. Die Betriebsräte in den Liefer- und Servicecentern (LSC) Ehingen und Alzey berichten von Anträgen auf betriebsbedingte Kündigungen und dem Rauswurf von befristet Beschäftigten, obwohl das Arbeitsvolumen nicht gesunken ist. Auch in Zukunft will Schlecker auf Protest offenbar nicht verzichten...

ANDREAS HAMANN

MOMENT MAL!

Neue Besen kehren gut, sagt der Volksmund. Und so gesehen hätte die Einsetzung einer neuen Geschäftsführung bei der Edeka Nord-

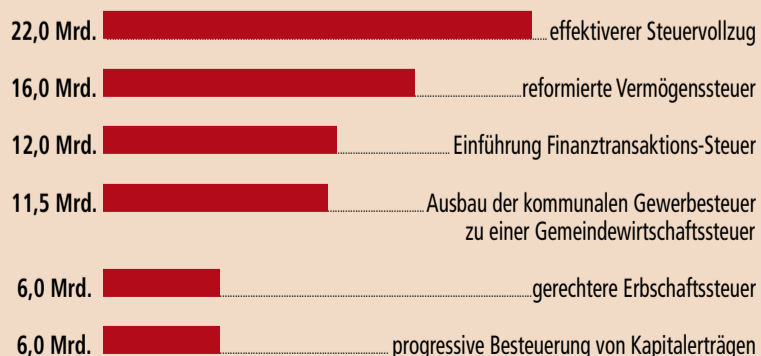


bayern-Sachsen-Thüringen vor einem Jahr eine gute Entscheidung für die Standorte und die Beschäftigten sein können. Doch inzwischen zeigt sich, dass der von Lidl zur Edeka gewechselte Geschäftsführer Rohrer kein Anhänger der Mitbestimmung und des Arbeitsrechtes ist. Erst wollte er ohne Einbeziehung des Betriebsrates Lager schließen, Beschäftigte kündigen oder in einen schlechteren Tarifvertrag drängen. Nach Druck durch die Belegschaft schaltete sich sogar die Edeka-Zentrale ein, und so konnte ein Tarifvertrag zur Standortsicherung erreicht werden. Jetzt kündigte der Geschäftsführer dem Betriebsratsvorsitzenden des Lagers Gochsheim (S. 3). Vordergründig soll es um Beleidigungen gehen. Tatsächlich wird hier ein Betriebsrat attackiert, der energisch seine Mitbestimmungsrechte beim Thema Arbeitszeitplanung einforderte. Die Unternehmensleitung der Edeka sollte sich die Frage stellen, ob sie ihr Image als fairer Arbeitgeber durch solche Willkür gefährden lassen möchte.

UWE ERSCHENS

MILLIARDENPAKET STATT KAHLSCHLAG

Zur Sanierung der öffentlichen Haushalte liegen konkrete Vorschläge der Gewerkschaften vor. Deren Umsetzung würde erhebliche Summen gerade bei den Reichen und Superverdienern locker machen (in Euro)



DATEN & FAKTEN

► Über 80 Milliarden Euro will die Bundesregierung bis 2014 einsparen. Mehr als ein Drittel davon ist Kahlschlag bei sozialen Leistungen.

► Das Sparpaket muss in ein Einnahmepaket umgewandelt werden, fordern statt dessen die Gewerkschaften. Sie schlagen Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte vor, die geschätzte jährliche Mehreinnahmen von 73,5 Milliarden Euro ergeben würden (siehe Grafik).

► Geld ist genug da. Aber nicht bei sozial Schwachen, prekär Beschäftigten und ärmeren Haushalten.

INFOGRAFIK: BLEIFREI

FÜR TARIFBINDUNG BEI DEHNER



Beschäftigte der Garten-Center in Bayern und vom Zentrallager streikten ab 23. Juni (Siehe Seite 4)

FOTO: HUBERT THIERMEYER

EINZELHANDEL

KURZ & KNAPP

► **BEITRAGSANPASSUNGEN:** Die Tarifierhöhungen 2010 im Einzelhandel erfolgen in den jeweiligen Tarifgebieten ab August bis November 2010. Die Mitgliedsbeiträge werden entsprechend angepasst.

► **AKTION IN HAMBURG:** Einen Aktionstag »Gute Arbeit – auch bei den Discountern« hat ver.di in Hamburg am 24. Juni veranstaltet. Die Hamburger Betriebsräte bei Schlecker und bei Lidl starteten unterstützt von ver.di zu Filialtours. Bei Schlecker wurde über die aktuellen Tarifvereinbarungen informiert, bei Lidl über die Möglichkeiten zur Wahl eigener Betriebsräte. In Hamburg gibt es bei Schlecker drei und bei Lidl zwei betriebliche Interessenvertretungen. An der Lidl-Tour nahm auch die Bamberger Betriebsrätin Ulrike Schramm de Robertis teil, die am Abend im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof aus ihrem Buch »Ihr kriegt mich nicht klein« las. Die Schriftstellerin Doris Gercke stellte bei der Lesung ihr neues Buch »Schweigen oder Sterben. Bella Block auf Sizilien« vor.

► **TAGUNG ZUM HANDEL:** Unter dem Titel »Krise im Handel – Handeln in der Krise« findet vom 22. bis 24. Oktober (neuer Termin!) eine Tagung in der ver.di-Bundesschule Gladbach statt. Veranstalter sind AFP e.V./express-redaktion und ver.di Rhein-Neckar in Kooperation mit Uli Wohland/OrKa und ver.di Stuttgart. Diskutiert werden u.a. gewerkschaftliche und gesellschaftliche Alternativen. Die Tagung richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Aktive, TeamerInnen, Organizer und Interessierte. Ausführliche Informationen zu Anmeldung und Programm: <http://www.express-afp.info/v-krise.html>

SCHLECKER



FOTO: ARCHIV

Bischof ehrte Betriebsrätin

Adrijana Soldo, Betriebsratsvorsitzende von Schlecker Fürth/Herzogenaurach, ist im Mai mit dem Preis »Arbeiter für Gerechtigkeit« ausgezeichnet worden. Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick würdigte sie bei der Preisverleihung als eine Frau, die sich in hohem Maße für andere einsetze. Sie habe stets als überzeugte Gewerkschafterin und Christin gehandelt. Adrijana Soldo sei eine charismatische, außergewöhnlich starke Frau, so die Nürnberger Betriebsseelsorgein Barbara März. Seit 1995, als sie zusammen mit Kolleginnen den ersten Schlecker-Betriebsrat in Nordbayern gründete, habe sie als Betriebsratsvorsitzende und ver.di-Gewerkschafterin viel für ihre Kolleginnen erreicht. Die Preisträgerin will den vielen Kolleginnen im Handel Mut machen sich für gute Arbeitsbedingungen einzusetzen. Mit der Auszeichnung ehrt die Katholische Betriebsseelsorge Bamberg Personen oder Gremien, die sich besonders verdient gemacht haben für mehr Solidarität, Menschenwürde und Gerechtigkeit im Betrieb.

NUR BEFRISTETE VERTRÄGE FÜR WOOLWORTH-BESCHÄFTIGTE



FOTO: ANDREAS HAMANN

Ungewissheit nach der Übernahme

Seit dem 1. Juli gehört die insolvente Warenhauskette Woolworth zur Tengelmann-Gruppe, genauer zur HH-Holding des Konzerns, wo wiederum der Textildiscounter KiK angesiedelt ist. Anfang Juni genehmigte das Bundeskartellamt die Übernahme der verbliebenen 162 Woolworth-Filialen mit mehr als 4.000 Beschäftigten. Für ein Jahr behalten sie ihre bisherigen Arbeitsverträge. Was danach passiert, ist ungewiss.

»Aus unserer Sicht ist die Befristung rechtswidrig, da wir es mit einem Betriebsübergang nach § 613 a BGB zu tun haben, so dass die Mitarbeiter unbefristet weiterbeschäftigt werden müssten«, sagt Johann Rösch, der bei

ver.di Handel auch für Woolworth zuständig ist. Außerdem würden die während des Insolvenzverfahrens gesenkten Entgelte festgeschrieben.

HH-Holding und KiK bekamen den Zuschlag

»Die HH-Holding war nicht unser Wunschkandidat«, erklärt Johann Rösch. Der Gläubigerausschuss hätte aber letztlich keine andere Wahl gehabt, da der Hauptvermieter von Woolworth, der Finanzinvestor Cerberus, auf den Zuschlag für das Tengelmann-Unternehmen gedrängt hatte.

Nach Angaben des neuen Eigentümers soll Woolworth kein zweiter Textildis-

counter nach dem Muster von KiK werden. Die Käufer kündigten an, das Woolworth-Konzept zu erhalten und das Filialnetz auszubauen. Geschlossen wird die Frankfurter Woolworth-Zentrale mit etwa 200 Beschäftigten. Der Einkauf soll zentral aus Bönen abgewickelt werden, wo die HH-Holding und KiK ihren Sitz haben.

Für die Beschäftigten in den Filialen dürfte es in nächster Zeit vor allem darum gehen, für Mitbestimmung und bessere Entlohnung zu kämpfen. Johann Rösch: »Es wäre wichtig, möglichst bald Betriebsratswahlen auf den Weg zu bringen. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass Woolworth endlich wieder in die Tarifbindung zurückkehrt.« GG

KAUFHOF

Keine längere Arbeitszeit

Die im Frühjahr bekannt gewordene Absicht der Kaufhof-Unternehmensleitung, ein individuelles Prämiensystem einzuführen und die Wochenarbeitszeit für die rund 21.000 Beschäftigten auf bis zu 42 Stunden zu verlängern, ist gescheitert.

ver.di und der Gesamtbetriebsrat haben dem Forderungspaket eine unmissverständliche Absage erteilt. Der GBR entschied sich auf einer Sonder Sitzung dagegen. Die Folge des Pakets wäre u.a. eine Belastung der Arbeitszeitkonten um 234 Minusstunden oder eine Gehaltsreduzierung um 3.600 Euro im Jahr bei Vollzeit gewesen. ver.di kritisierte, durch die Senkung der Personalkosten sollte Kaufhof für den Verkauf an einen Investor »aufgehübscht« werden.



FOTO: HUBERT THIERMEYER

GERICHT SIEHT KEINEN KÜNDIGUNGSGRUND

Erfolg für H&M-Betriebsrätin

Der Vorwurf war reichlich absurd: Reisekosten hätte sie falsch und zu ihren Gunsten abgerechnet, unterstellte H&M Marta Spacir-Falcone, die Betriebsratsvorsitzende einer Filiale in Duisburg ist. Im Frühjahr 2009 sollte ihr deshalb fristlos gekündigt werden, was allerdings der Betriebsrat verhin-

Vorwürfe gegenstandslos

Und auch das Arbeitsgericht, bei dem sich H&M die Zustimmung zur Kündigung holen wollte, wies die Vorwürfe als gegenstandslos zurück. Doch der Arbeitgeber zog auch noch vor das Lan-



Marta Spacir-Falcone

desarbeitsgericht in Düsseldorf. Ergebnis der Verhandlung von Ende Mai: Die Kündigungsgründe seien äußerst vage, die Betriebsratsvorsitzende habe sich korrekt verhalten und sei weiterzubeschäftigen.

Nicht genehmigungspflichtig

Nach über einem Jahr nahm damit das Verfahren ein gutes Ende. »Wir freuen uns, dass Marta diese Auseinandersetzung mit so viel Ausdauer und Mut durchgestanden hat«, sagt Johann Rösch von ver.di. »Immerhin war sie massiven Vorwürfen ausgesetzt und musste um ihre materielle Existenz bangen.«

Marta Spacir-Falcone hat inzwischen die Arbeit in ihrer Filiale wieder aufgenommen. Und obendrein hat sie dank des LAG-Urteils eine grundsätzliche, für alle Betriebsräte geltende Feststellung erwirkt: Die Düsseldorf Richter stellten klar, dass Reisen, die im Zusammenhang mit der Betriebsratsarbeit stehen, nicht genehmigungspflichtig sind. Die angeblich falsche Reisekostenabrechnung hatte die H&M-Geschäftsleitung nämlich animiert, eine neue, restriktive Reiseleitlinie zu erarbeiten.

»Mit Verweis auf die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts hat das LAG diese Richtlinie in Frage gestellt«, sagt Manfred Wulff, der Anwalt der Betriebsrätin. »So wie die Betriebsratsarbeit insgesamt nicht genehmigungspflichtig ist, sind es auch nicht die damit verbundenen Reisen.« GG

REICHELTS BERLIN UND E-CENTER: ERFOLGE UND WIDERSTÄNDE BEI BETRIEBSRATSWAHLEN

Privatisierung bei Edeka

Edeka setzt seit einiger Zeit verstärkt auf die Privatisierung von Filialen. Oft werden die Geschäfte langjährigen Filialleitern angeboten, die dank bekannter Standorte und eingeführter Verkaufskonzepte ein minimiertes Risiko eingehen – zumal Edeka Besitzerin der Immobilie beziehungsweise des Mietvertrags bleibt. Doch was passiert mit den Beschäftigten und ihren Betriebsräten?

Für die Belegschaften positive Regelungen hat der Betriebsrat der Berliner Edeka-Tochter Reichelt abgeschlossen: Hier gilt für die seit dem 1. Juli 2009 privatisierten Märkte drei Jahre Tarifbindung, Übernahme von Betriebsvereinbarungen sowie Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für zwei Jahre. Für ein Jahr, das heißt bis Ende September, hat der Betriebsrat ein Übergangsmandat für die bisher elf von 56 privatisierten Reichelt-Filialen. Ein eigener dreiköpfiger Betriebsrat ist Ende Mai bei

Reichelt in der Steglitzer Schloßstraße gewählt worden. Einen Wahlvorstand gibt es in einer Friedrichshainer Reichelt-Filiale; Ende Juli, Anfang August stehen dort die Wahlen an. Der langjährige Betriebsratsvorsitzende Andreas Nowak hofft auf weitere Initiativen vor Ablauf seines Mandats für die privatisierten Geschäfte. »Derzeit verteilen wir in den Filialen Materialien. Wir bieten auch Unterstützung an, aber auf den Weg bringen müssen sie ihre Betriebsratswahlen allein.« Immerhin sollen in diesem Jahr weitere sechs Filialen in private Hände übergehen.

Krasse Methoden

Was Belegschaften bei Privatisierung blühen kann, zeigt ein krasses Negativbeispiel: Im rheinischen Korschenbroich verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen im E-Center ab 1. November

2009 drastisch. Zuschläge wurden nicht gezahlt, langjährig Beschäftigte erhielten ihre Kündigung ohne vorherige Anhörung des Betriebsrates, Aushilfen wurde die Lohnfortzahlung bei Krankheit sowie bezahlter Urlaub verwehrt, und schließlich sollten die Beschäftigten Kasendifferenzen über 10 Euro monatlich von ihrem Lohn begleichen. Nach Intervention des mit Übergangsmandat amtierenden Betriebsratsvorsitzenden Detlef Dahlbeck bei der Edeka-Regionalgesellschaft Rhein-Ruhr wurden einige Verschlechterungen zurückgenommen.

Doch schon bei der Betriebsratswahl zeigte sich, was Inhaber Gerhard Handick von Mitbestimmung hält: Er entließ Anfang Mai kurzerhand den dreiköpfigen Wahlvorstand und erteilte Hausverbot. »Die Wahlvorbereitungen laufen weiter, sind aber zäh, weil jeder Zwischenschritt gerichtlich durchgesetzt werden muss«, sagt Sabine Busch von



FOTO: PHANTERMEDIA/BECHHEIM

ver.di Mönchengladbach. Die Wahlvorstände haben Kündigungsschutzklage eingereicht, finden aber wenig Rückhalt in der Filiale mit rund 90 Beschäftigten. »Kein Wunder, da ungefähr die Hälfte der Belegschaft ausgetauscht ist und kaum noch ver.di-Mitglieder darunter sind«, sagt Sabine Busch. ver.di hat inzwischen Strafantrag gegen den Unternehmer wegen Behinderung der Betriebsratswahl gestellt. »Was wir hier erlebt haben, geht weit über das übliche Maß des Nichtduldens von Betriebsratswahlen hinaus.« GUDRUN GIESE

TROTZ GUTER UMSÄTZE SCHLIESST METRO C+C DREI HÄUSER UND REDUZIERT ARBEITSPLÄTZE

Gegen weiteren Abbau!

Das es dem Unternehmen wieder richtig gut geht, ist an den Umsatz- und Ertragszahlen der ersten Monate 2010 abzulesen. Doch trotz des deutlichen Aufwärtstrends will Metro Cash & Carry zum 31. Oktober drei Häuser schließen, eins verkaufen, in fünf weiteren Personal abbauen sowie durch die Integration der Schaper C+C-Märkte zudem die bisherige Schaper-Zentrale einsparen.

Arbeitgeberseite erzählt nur die halbe Wahrheit

Geschlossen werden sollen die Märkte in Berlin-Marzahn mit jeweils 183, in Berlin-Pankow mit 195 und in Halle mit 177 Beschäftigten. »Es ist die halbe Wahrheit, wenn die Arbeitgeberseite nun auf die schlechten Zahlen der Berliner Häuser verweist«, sagt Siegmund Roder, zuständiger Bereichsleiter der ver.di-Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel. »Hier hat Metro erst vor kurzem einen neuen Markt in Friedrichshagen eröffnet, der nun den bestehenden Filialen in Marzahn und Pankow Konkurrenz macht.« Das Unternehmen schließt zudem Standorte mit langfristigen Mietverträgen; in Marzahn bis Ende 2015, in Pankow gar bis Ende 2017. Siegmund Roder: »Ein Unding, dass es günstiger ist, den Betrieb einzustellen und die Mieten jahrelang weiterzuzahlen, als die Geschäfte offen zu halten.« Für die Rostocker Metro C+C-Filiale gibt es nach Angaben der Geschäftsleitung einen Kaufinteressenten.

Einen kräftigen personellen Aderlass plant die Nummer Eins im bundesdeut-

schen Cash-and-Carry-Sektor für die Märkte in Löhne, Wuppertal, Pasing, Oldenburg und Freimann: 2010 und 2011 sollen hier insgesamt rund 240 Stellen abgebaut werden, wie Anfang Juni bekannt wurde.

Tarifkommission tagt

Mittlerweile haben eine ganze Reihe an Veranstaltungen und Verabredungen zur Abwehr des ungebremsen Abbaus



1985 wurde das Spiel »Cash & Carry« konzipiert. Damals schien die Welt noch in Ordnung. Insbesondere in den letzten Jahren kommt es immer wieder zu Umstrukturierungen und es wird Personal abgebaut

bei Metro C+C stattgefunden. Auf einer außerordentlichen Betriebsrätekonferenz wurde beschlossen, dass am 22. Juli in allen bundesdeutschen Metro C+C-Filialen gleichzeitig Betriebsver-



FOTO LINKS: METRO

sammlungen stattfinden. Anfang Juli wurde die Tarifkommission einberufen, um tarifpolitische Möglichkeiten zu erörtern. Abstimmungsgespräche zum weiteren Vorgehen laufen auch im GBR

und in den örtlichen Betriebsräten. Dabei soll auch über mögliche Aktionen gesprochen werden, für die es bei Redaktionsschluss allerdings noch keine Termine gab. **GUDRUN GIESE**

RAHMENSOZIALTARIFVERTRAG FÜR BESCHÄFTIGTE BEI FEGRO/SELGROS

Alternativen und Angebote



FOTO: REWE GROUP

Das Cash-and-Carry-Konzept ist in den letzten Jahren verstärkt unter Druck gekommen. Neben Metro (siehe oben) trifft das auch die Nummer 2 im bundesdeutschen C+C-Markt Fegro/Selgros, 100-prozentige Tochter der Transgourmet SE, die wiederum zu 50 Prozent Rewe und zu 50 Prozent der schweizerischen Coop gehört. Doch immerhin ist es hier gelungen, den Abbau von Personal und Verkaufsfläche zu begrenzen und zu regulieren.

Soziale Abfederung

So wurden ein sehr weit gehender Rahmensozialplan wie auch ein Gesamtinteressenausgleich im Zusammenhang mit der Verkleinerung einiger Märkte zwischen GBR und Geschäftsleitung abgeschlossen. Danach können maximal 15 der derzeit 45 Fegro/Selgros-Standorte in so genannte Kompaktmärkte umgewandelt werden. »Immerhin bedeutet jede dieser Umstellungen den Verlust von 10 bis 20 Arbeitsplätzen«, sagt Rolf Mootz, der zuständige Betreu-

ungsssekretär aus der ver.di-Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel. Die betroffenen Beschäftigten profitieren nun vom Rahmensozialtarifvertrag, der Angebote zur freiwilligen Teilzeit ebenso enthält wie auch Regelungen zur Altersteilzeit. »Seit 2008 sind bereits rund 500 Stellen weggefallen. Diesen stillschweigenden Abbau wollten wir nicht länger mittragen. Deshalb haben wir 2009 eine AG Beschäftigungssicherung eingerichtet, die im Kern den seit Anfang des Jahres geltenden Rahmensozialplan erarbeitet hat.«

Erste Kompaktmärkte soll es ab 2011 geben. Zuvor wird ab 1. Oktober in Magdeburg das Konzept in einem ersten Markt getestet. Rolf Mootz: »Wir hoffen, dass allmählich wieder Ruhe bei Fegro/Selgros einkehrt – vor allem für die Beschäftigten!« **GG**

► **ANZAG LEGT ZU:** Der Pharmagroßhändler Andreae-Noris Zahn AG (ANZAG) hat im 1. Halbjahr seines Geschäftsjahres 2010 Umsatz und Ergebnis im Vergleich zu 2009 gesteigert. Die Konzernumsatzerlöse stiegen um 5,8 Prozent auf 2,1 Mrd. Euro. Das Ergebnis vor Ertragssteuern (EBT) nahm um 4,0 Mio. Euro auf 22,2 Mio. Euro zu.



Unternehmenszentrale in Frankfurt / Main FOTO: ANZAG

GUTE ENTWICKLUNG BEI RICHTER + FRENZEL

Im Aufwind

In punkto ver.di-Mitgliederstärke, Aktivierbarkeit in Arbeitskämpfen oder Zahl der Betriebsräte geht es bei Richter + Frenzel, Großhandelsbetrieb für Sanitär, Haustechnik und Tiefbau mit Hauptsitz in Würzburg, kontinuierlich nach oben. So konnte vor kurzem ein aus mehr als 60 Mitgliedern bestehender Gesamtbetriebsrat für das Unternehmen mit 141 Standorten bundesweit gebildet werden.

»Wir haben eine gute Mitgliederentwicklung und viel Engagement, so dass wir unsere Betreuung nun weiter intensivieren«, sagt Rolf Mootz aus der ver.di-Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel. Der Einsatz der Gewerkschaft kommt wiederum unmittelbar den rund 3.500 Beschäftigten zugute. So ist es gelungen, an verschiedenen Standorten den Groß- und Außenhandelsstarifvertrag an Stelle des Speditionstarifvertrages durchzusetzen. Rolf Mootz: »Wir haben eine Zusage der



FOTO: RICHTER + FRENZEL

Geschäftsleitung, dass im Unternehmen generell der Tarifvertrag des Groß- und Außenhandels gelten soll. Das hat sich durch Zukäufe zunächst verzögert. Aber ich bin optimistisch, dass perspektivisch dieses Ziel auch für die letzten knapp 500 Beschäftigten erreicht wird, die noch nach dem Speditionstarifvertrag eingestuft sind.« **GG**

VIELE LEISTUNGEN AUS ERGÄNZUNGSSTARIFVERTRAG BLEIBEN

Erfolgreich verhandelt bei MGL

Einmal mehr wollte die Geschäftsleitung bei MGL (Metro Group Logistik) im brandenburgischen Altlandsberg Stellen abbauen und Leistungen für die verbleibenden Beschäftigten verschlechtern. Nach drei Verhandlungsterminen konnte ver.di jedoch in Tarifverhandlungen eine Menge für die rund 500 Kolleg/innen herausholen.

Statt wie geplant 72 Vollzeitstellen in Fuhrpark und Lager abzubauen trifft es nun noch 58. Weitere betriebsbedingte Kündigungen soll es bis zum Laufzeitende des jetzt geschlos-

senen Tarifvertrages (Ende 2011) nicht geben – außer bei starkem Aufwärtstrend über einen längeren Zeitraum.

Zusätzliches Urlaubsgeld

Viele der im Ergänzungstarifvertrag von 2002 festgelegten Leistungen bleiben weiter in Kraft – MGL hatte mit Kündigung für den Fall gedroht, dass ver.di nicht darüber verhandeln wolle. So bleibt die Wechselschichtzulage in Höhe von 50 Euro ebenso erhalten wie eine Erfolgprämie von 600 Euro für

Vollzeitkräfte (bei Teilzeit anteilig). Für ver.di-Mitglieder gibt es künftig ein zusätzliches Urlaubsgeld in Höhe von 150 Euro. »Wir haben beharrlich für den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze und für den Ergänzungstarifvertrag gekämpft. Das Ergebnis kann sich sehen lassen«, sagt Sabine Zimmer, die für ver.di Berlin-Brandenburg die Verhandlungen mit MGL geführt hat. **GG** Die weiteren Vereinbarungen finden sich unter: <https://handel-bb.verdi.de/grosshandel/tarifrunder/tarifverhandlungen-bei-mgl>

BESCHÄFTIGTE VON DEHNER GARTEN-CENTER WEHREN SICH WEITER GEGEN TARIFFLUCHT

Demonstration in Rain am Lech als Auftakt für mehrtägige Dehner-Streiks an verschiedenen Standorten in Bayern. Vor der Unternehmenszentrale kam es zu einer Kundgebung

Streiks im Pflanzenparadies

Mit mehrtägigen Streiks in Bayern haben sich Beschäftigte von Dehner Garten-Center für die Tarifbindung des Unternehmens engagiert. Die Arbeitsniederlegungen, zu denen ver.di aufgerufen hatte, begannen am 23. Juni und erstreckten sich auf ein knappes Dutzend Filialen sowie das Zentrallager. An einer Protestaktion vor der Dehner-Zentrale in Rain am Lech beteiligten sich zum Auftakt über 250 Kolleginnen und Kollegen.

Anlass war die von der Geschäftsführung bereits im März 2009 eingeleitete Tariffucht: Bei den jeweiligen Arbeitgeberverbänden kündigte sie damals die

Tarifbindung und wechselte in den »OT-Status« (ohne Tarifbindung). Den Beschäftigten und Betriebsräten wurde dies erst fünf Monate später mitgeteilt – nach Ende der Tarifrunde im bayerischen Einzelhandel.

ver.di hält das Vorgehen Dehners für nicht rechtswirksam. An einer Protestpostkartenaktion haben sich mehr als 10.000 Kundinnen und Kunden beteiligt. Ausgewählte Beschäftigte klagen ihre Ansprüche auf Entgeltsteigerungen auch in Musterverfahren vor den Arbeitsgerichten ein. ver.di-Verhandlungsführer Hubert Thiermeyer kündigte an, den Protest so lange fortzuführen bis die

Unternehmensleitung Einsicht zeigt: »Wir geben keine Ruhe, bis Dehner seine Tariffucht beendet und wir den Schutz der Tarifverträge auch wieder für die Beschäftigten durchgesetzt haben.«

Solidarität aus anderen Betrieben

Inzwischen gibt es ein breites Solidaritätsbündnis. Bei der Demonstration und Kundgebung in Rain am Lech unterstützten Beschäftigte anderer Betriebe – Zott, Südzucker, AGCO-Fendt, LU Snack Foods, Klinikum Donauwörth – und Vertreter der Arbeitnehmerorga-

nisationen der katholischen und evangelischen Kirche die Dehner-Kollegen.

Betroffen von den Streiks – es handelte sich bereits um die vierte Welle – waren zum Auftakt am 23. Juni die Standorte in München-Kirchtrudering, Kempten, Kaufbeuren, Memmingen, Neu-Ulm, Senden, Augsburg und Königsbrunn. Mit Ausnahme von Kaufbeuren wurde dort auch an den folgenden Tagen die Arbeit niedergelegt. Erstmals traten die Beschäftigten der Filiale in Speyer in einen Warnstreik.

Insgesamt hat Dehner rund 100 Garten-Center, die meisten von ihnen in Süddeutschland.

AHA


FOTOS: HUBERT THIERMEYER

BILANZ UND AUSBLICK: EIN INTERVIEW MIT RAINER JÄKEL ANLÄSSLICH SEINES AUSSCHIEDENS BEI VER.DI

Über dreißig Jahre hat Rainer Jäkel als hauptamtlicher Gewerkschafter gewirkt; zuerst in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), zuletzt von 2001 bis 2008 als Leiter der Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel in ver.di. Im Spätsommer endet der aktive Teil seiner Altersteilzeit, für Rainer Jäkel beginnt ein neuer Lebensabschnitt – nicht außerhalb der Gewerkschaft, aber gelöst vom hektischen Tagesgeschäft. Hier ein Interview mit Ausblicken:

Wie bist du zur hauptamtlichen Gewerkschaftsarbeit gekommen?

Rainer Jäkel: Ursprünglich komme ich aus der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, wo ich mich ehrenamtlich engagiert habe. Nach meinem Studium in Bochum und Bielefeld habe ich zunächst wissenschaftlich gearbeitet, unter anderem für die Hans-Böckler-Stiftung, bevor ich 1979 als Gewerkschaftssekretär bei der HBV im Fachbereich Handel anfang. Damals gab es noch keine eigenständige Fachgruppe Großhandel, ich war aber für die Betreuung der Mitglieder im Großhandel zuständig.

Und daraus ist dann die Idee entstanden, eine eigene Fachgruppe Großhandel zu entwickeln?

Jäkel: Genau. Zunächst habe ich – in enger Verbindung mit der Wissenschaft – die Branche untersucht. Wir haben Analysen zur logistischen Rationalisierung, zum IT-Einsatz, zur humanen Arbeitsplatzgestaltung und zum Qualifizierungsbedarf im Großhandel erarbeitet. Mit der Böckler-Stiftung gab es ein Kooperationsprojekt »AN GroB«, Arbeitnehmer im Großhandel, das heißt eine intensive Branchen- und Potential-Analyse. Allmählich entstand aus der Kernfrage, wie sich eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik für eine Branche organisieren lässt, die nahe bei den Beschäftigten ansetzt, die Idee zum Fachgruppenaufbau. Das Konzept entwickelte sich in den 80-er Jahren in der HBV sehr erfolgreich. Wir hatten eine ausgesprochen gute Mitgliederentwicklung und

»Die Fachgruppenarbeit ist gewerkschaftliche Kernaufgabe«



Tarifaaktion in Göttingen

FOTOS: VER.DI

konnten überall in Deutschland ehrenamtliche Fachgruppenvorstände aufbauen. Allerdings gab es auch Widerstände aus dem Apparat, dem die Neuerung offenbar zu weit ging. Doch ich hatte glücklicherweise über die Jahre immer guten Rückhalt bei Haupt- und vor allem bei Ehrenamtlichen.

Wie hat sich für dich der Übergang von der HBV zur Großgewerkschaft ver.di gestaltet?

Jäkel: Die Anfangszeit war schwierig, gerade für die kleineren Gewerkschaften, die in ver.di aufgegangen sind. Unsere Fachgruppe Groß- und Außenhandel hat jedoch in kurzer Zeit an die gute Arbeit der Zeit zuvor anknüpfen können. Wir haben uns in schwierigen Tarifrunden bewährt, phantasievolle Aktionen zur Mitgliederwerbung gestartet und vor allem das tägliche Geschäft der Betreuung der Mitglieder geleistet. Auch die Integration von Alt-DAG'lern und Alt-HBV'lern auf der Basis

gegenseitigen Respekts und einem bewusst gestalteten Prozess von Teambildung ist uns im Großhandel gut gelungen. Man könnte sagen, dass wir ein gutes Fundament errichtet haben, auf dem auch das Haus bereits steht. Nun sind wir in der Phase, das Haus sorgfältig auszustatten, möglichst zu vergrößern und gleichzeitig darauf zu achten, dass wichtige Eckpfeiler nicht zerstört werden.

Wo liegen aus deiner Sicht die wichtigsten Aufgaben für die Fachgruppenarbeit in der nächsten Zukunft?

Jäkel: Es wird nötig werden, die Flächentarife für die nicht einheitliche GH-Branche in Zukunft zu differenzieren ohne die gemeinsame Basis zu gefährden, so wie die IG Metall es bereits vorexerziert hat. Eine gute Chance dafür bietet auch die überfällige Entgeltstrukturreform im Groß- und Außenhandel, für die auf der letzten Tarifkoordinierungskonferenz ein attraktives, modernes Rahmenkonzept einstimmig be-

schlossen worden ist, das nun hoffentlich zügig umgesetzt wird. Wichtig ist die Gestaltung der künftigen Betreuungsarbeit. Anders als der Einzelhandel ist der Groß- und Außenhandel mit seinen Betrieben/Lägern in der Fläche nicht überall vertreten. Wir haben 19 Schwerpunktregionen herausgearbeitet, in denen wir unsere Ressourcen gezielter einsetzen sollten. Dazu wären allerdings auch Veränderungen nötig, wie etwa der bezirksübergreifende Einsatz von Schwerpunkt-Betreuungssekretären für den Groß- und Außenhandel. Mit diesem Konzept können wir weiter nah dran bleiben an den betrieblichen Themen und den Interessen unserer Mitglieder.

Wie siehst du die Zukunft der Fachgruppenarbeit?

Jäkel: Sie ist und bleibt zentral. Wir brauchen eine Wiederbelebung der ehrenamtlichen Basisstruktur, da sie das Fundament unserer gewerkschaftlichen Arbeit ist. Die Fachgruppen sind nicht vom Himmel gefallen, nun müssen die bestehenden Strukturen gepflegt und weitergeführt werden. Gerade in der Großgewerkschaft ver.di bedeuten die Fachgruppen für die Mitglieder, sich in ihrer Organisation wiederzufinden; ohne diese Basisstruktur bestünde die Gefahr von Nivellierung und zunehmender Hierarchisierung. Die Arbeit der Fachgruppenvorstände anzuerkennen und zu stärken ist auch Ausdruck dafür, dass das Prinzip der Ehrenamtlichkeit wirklich geschätzt wird, dass wir authentisch bleiben und eine klare Mitgliederorientierung haben.

Mit welchen Gefühlen gehst du nach über dreißig Jahren als hauptamtlicher Gewerkschafter in die passive Phase der Altersteilzeit?

Jäkel: Sie sind noch etwas gemischt, die Gefühle. Froh bin ich, mich 2008 für

den allmählichen Ausstieg über die Altersteilzeit entschieden zu haben. Auf diese Weise konnte ich einige Aufgaben meiner bisherigen Gewerkschaftsarbeit, die ich mit viel Herzblut und Engagement betrieben habe, und meine Erfahrungen weitergeben und muss nicht plötzlich von »150 Prozent« auf Null herunterfahren. Diese Übergangszeit konnte ich erfolgreich nutzen, um neue Ziele und lebenswerte Aufgaben außerhalb von ver.di zu finden, auf deren Realisierung ich mich bereits freue. Und natürlich werde ich auch nach meinem Ausscheiden aus der Bundesfachgruppe weiterhin überzeugter Gewerkschafter und »ver.di-Großhändler« bleiben!

INTERVIEW: GUDRUN GIESE


Rainer Jäkel wurde im August 1949 in Tellig an der Mosel geboren und wuchs im Ruhrgebiet mit vier Brüdern auf. Sein Vater war Bergmann. Nach dem Abitur 1969 studierte er an der Ruhr-Universität in Bochum und engagierte sich bald darauf in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. 1979 wurde er Gewerkschaftssekretär bei der HBV, von 2001 bis 2008 leitete er die ver.di-Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel. Jäkel ist verheiratet und hat eine Tochter.